

I. Ausgabe

21. Jahrgang. Wien, Montag, 30. Dezember 1918. Nr 503.

Besterste Schweizer Lebensmittelzug. Im Laufe des heutigen Tages wird der erste Zug der Schweizer Lebensmittelaushilfe in Wien einlangen. Im Auftrage des Bürgermeisters ist Obermagistratsrat Formanek gestern abends nach St. Pölten gefahren, um die den Zug begleitenden Schweizer Offiziere namens der Gemeinde Wien zu begrüßen.

St. Pölten, 30. (E. D.)

Der erste Zug mit der Schweizer Lebensmittelhilfe erlitt heute früh 7 Uhr 18 Min. bei der Einfahrt in die hiesige Station einen Unfall, angeblich wegen falscher Weichenstellung. Es entgleisten hierbei 5 Waggons, einer wurde stark beschädigt. Menschenleben waren nicht gefährdet.

Der Zug ist begleitet von schweizerischen Mannschaften und Linzer Volkswehr. Wegen der Aufräumarbeiten würde auch die St. Pöltner Volkswehr requiriert und es ist anzunehmen, dass der Zug noch im Laufe des heutigen Nachmittags in Wien eintrifft.

... um 4 Uhr nachmittags
... der schweizerische Hilfszug ...
... nach
... St. Pölten, von dort um ca. 1 Uhr mittags abgefahren
... nach Hunsdorf geführt worden. Hier wurden die
... die in St. Pölten von Obermairstrasser
... im Auftrag des Bürgermeisters beauftragt worden waren, von einem
... der schweizerischen Gesandtschaft und Herren des Staatsamtes
... bekräftigt und zu den Wagen verladen. Die die ins Hotel
... während die Mannschaften den Zug ins Lärerhaus geleitete,
... von der Verwaltung übernommen und unter die Bewachung des
... bestand aus 78 Waggons darunter
... 40 Waggons Ladung, die aus diversen Lebens-
... Kondensmilch, Kokosfett, Zucker etc.
... Offiziere und Mannschaften der Begleitbrigade, welche die Aufschrift
... "Hilfsaktion für Wien". Der Unfall in St. Pölten ist ledig-
... auf einen unglücklichen Zufall zurückzuführen und hat keinen
... an dem Inhalt der Waggons anrichtet.

Nachdem zu diesem Referate noch eine Reihe von Bedenken vorgetragen
ist, wird die Debatte abgebrochen und in der nächsten Sitzung beendet zu
werden.

GR. Spalovsky berichtet über die Verbesserung der Lohn und Dienst-
verhältnisse der Denksaufseher des städt. Fabrikbetriebes.

GR. Beermann bemängelt, dass in dem Berichte sich nur die niederen
Lohnsätze befinden, während von den Kriegsgeldern und sonstigen Zu-
läsen keine Erwähnung getan wird. Dies könnte den Schein erwecken, dass
die Gemeinde Wien Anstellte mit 125 Kronen Monatslohn anhebt, anderer-
seits könnte man aber auch glauben, dass man in die Einstellung der Feuerun-
gsgeldern denke. Bezüglich eines Urlaubes stellte er den Zusatzantrag, dass
den Angestellten an dem Handlungsgeldgesetz noch 4 monatlicher
Dienstzeit ein bezahlter Urlaub von 10 Tagen zu gewährt sei- und verlangt
die Gleichstellung nach dem Handlungsgeldgesetz.

GR. Spalovsky bemerkt in seinem Schlussworte, dass der Magistrat
auf den Standpunkt steht, dass diese Kategorie in Ansehung ihres Urlaubes
nicht dem Handlungsgeldgesetz unterstehe und stellte fest, dass der
Mindestlohn mit Zurechnung der Feuerungsgeldern und der sonstigen

der 300 Kronen monatlich betrage. Bezüglich der Einstellung der
Kriegsgeldern habe übrigens der Gemeinderat bereits beschlossen, die
Hälfte derselben in den Gehalt einzubringen und mit dem Abbau erst dann
zu beginnen, wenn wiederum die früheren bestanden Lebensmittelpreise
zur Geltung kommen. Im Uebrigen wird mit dem Zulassensystem gebrochen
werden müssen und ein eigenes Gehalts- und Versorgungssystem einseitlich
für alle Angestellten geschaffen werden, welche gewisse Reform in
den jetzigen Zeiten nicht durchführbar ist. Der Referent an und Zusatz-
antrag wird angenommen.

GR. Spalovsky beantragt dem Verein der kath. Arbeiterinnen
eine Kasse in Ansehung von 20 Zentner und eine Subvention von 300
Kronen zu bewilligen.

Frau GR. Emy Freudenthal wir stehen auf dem Standpunkte der
Selbsthilfe und lehnen ab, dass eine öffentliche Körperlichkeit Organi-
sationen unterstützt, die für irgend eine Partei oder Standesgruppen
Sonderinteressen vertreten. Wir werden gegen den Antrag stimmen. Stadtbr.
Spalovsky antwortet in seinem Schlussworte, dass der Verein weder eine
gewerkschaftliche noch eine politische Organisation ist, sondern haupt-
sächlich charitativer Zwecke verfolgt und die Subvention zur Erhaltung
des Arbeiterinnenheimes erhält, indem Arbeiterinnen ohne Unterschied
der Religion Pflege und Unterkunft finden.

Stadtbr. Dr. Haas beantragt dem Zentralverein für Hausfrauen
Pflege für das Jahr 1918 neben der ordentlichen Subvention von 2000 Kronen
noch eine außerordentliche Subvention in Betrag von 30000 Kronen zu
bewilligen.

Frau GR. Dr. Hildegard Eurlan tritt dafür ein, dass dem Vereine
der eine unbedingte Notwendigkeit ist, eine große Menge Aktien gekauft
und Lebensmittel im ausreichenden Maße zur Verfügung gestellt werden.
Sie bittet den Verein um Vorschläge zu machen, wie die Tätigkeit des
Vereines ausgebaut und in diese auch besonders die Hauswuchspflege
einbezogen werden könnte. (Beifall)

StR. Dr. Haas berichtet über die Errichtung von fünf Fürsorgestellen
auf Kosten der Gemeinde Wien und beantragt für den Betrieb im ersten
Halbjahr 1918 einen Kredit von 75.000 und für deren Errichtung einen glei-
chen Betrag zu beschließen.

GR. Pich bemerkt, dass die Verwendung von Marschenlagern ganz nützlich
sein, doch dieser Ausweg sei einseitiger, er kann höchstens

dort nützlich sein, wo es sich um ledige handelt. Wo es sich aber um
ein Mitglied einer Familie dreht, kommt die Schwierigkeit entgegen, denn
mit der Entfernung des Erzherrn aus der Familie steht dieser umso mehr Hun-
ger bevor. Die Fürsorge stellt werden erst dann ihren Zweck erreichen, wenn
eine großzügige Wohnungsfürsorge Platz greift, wobei allerdings auch ganze
Straßenzüge fallen müssten, die Wohnungen enthalten, in denen man krank
wird. Auch eine Wohnungsberatung sei zu bedenken, um Familien, wo die Ge-
fahr der Infektion vorliegt, hygienische Wohnungen zu verschaffen.
Der Stadtratsantrag wird angenommen.

StR. Schneider beantragt die nachträgliche Genehmigung einer
außerordentlichen Weihnachtsfeier für die Arbeiter und Aufseher der
städtischen Steinbrüche in Oberösterreich im Betrage von 50.000 Kronen.
Frau GR. Roschek stellt den Antrag, der Magistrat wird beauftragt, dem
Stadtbr. einen genauen Bericht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der
Arbeiter in den städtischen Steinbrüchen in Oberösterreich und
Vorschläge zur Verbesserung der ganz unhaltbaren Arbeitsbedingungen zu
erstatten.

Der Stadtratsantrag wird angenommen. Der Antrag Roschek genügend
unterstützt.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hält folgende Schlussansprüche:
Es drängt mich bei dieser Anlasse, meinen Mitarbeitern im Präsidium, den
Bezirksvorstehern, den Bezirksvertretungen, den Beamten des Magistrates und
den Angestellten und Arbeitern der städtischen Unternehmungen, den besten Dank für ihre Mitarbeit in diesem
Jahre auszusprechen. Ich darf wohl der Erwartung Ausdruck geben, dass es im
neuen Jahre gelingen wird, durch Zusammenfassung aller Kräfte jene Wieder-
aufrichtung der Wirtschaft in unserer Stadt zu erlangen, damit wir auch
zufriedene Bewohner blicken können. Glückauf im neuen Jahre!
(Lebhafte Zustimmung)